

Gabriel Baum

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Dr. Bläse, sehr geehrter Herr Bürgermeister Mihm, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, sehr geehrte Gäste der heutigen Gemeinderatssitzung!

Vor vier Wochen durften wir alle einer Sternstunde des kommunalen Parlaments beiwohnen. Am 27. Januar haben Sie, Herr Oberbürgermeister Arnold in einer leidenschaftlichen Rede nicht den Haushalt in den Mittelpunkt gestellt. Ihre Rede zur Einbringung des Haushalts war überschrieben mit „Keine Angst vor dem Neuen“. Und für Ihre Einleitung in dieses Thema danke ich Ihnen von ganzem Herzen.

Sie haben die Ängste angesprochen, die in Zusammenhang mit den ungelösten Fragen der heutigen Zeit stehen, vor allem mit der Aufgabe, Flüchtlinge und Fremde in unsere Gesellschaft aufzunehmen und zu Freunden und Einheimischen zu machen. Seit Ihrer Rede sind vier Wochen ins Land gegangen, die Ihre Befürchtungen leider bestätigen. Die Sorgen und die Angst der Menschen werden weiter befeuert, befeuert durch den fehlenden Willen der Politik im In- und Ausland, gemeinsame Lösungen zu finden, befeuert durch eine hyperaktive Berichterstattung über Einwanderungsfolgen, vor allem aber befeuert durch Brandstifter, die wissentlich und absichtlich Ressentiments und Ängste schüren vor Fremden, Flüchtlingen, vor dem Islam und vor Terrorismus. Diese Brandstifter, die auch in Schwäbisch Gmünd zündeln, nutzen ein Phänomen aus, das tatsächlich unsere Demokratie bedroht. Das Phänomen nenne ich hier ganz neutral Vertrauensverlust. Es ist der Verlust in das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der politisch Verantwortlichen, genauso wie in deren Glaubwürdigkeit. Eine Studie der Europäischen Kommission aus dem November 2015 besagt, dass 70 Prozent der Befragten in Deutschland den politischen Parteien eher nicht vertrauen.

Zu dieser erschreckenden Zahl kommt ein weiteres Phänomen: Der Vertrauensverlust in die Presse und die Medien. Nachrichten auch von den seriösesten Zeitungen und Sendern werden als Lügen diffamiert, ohne dass dafür ein Nachweis vorgelegt würde. In diesen Vertrauensverlust stoßen die Brandstifter und Demagogen, die mit dumpfen Parolen und falschen Behauptungen Stimmung machen. In diesem Kessel kocht eine Suppe, die vergiftet ist und nun selbst zur echten Gefahr geworden ist. Die Wahrheit in ihrer Komplexität wollen viele schon gar nicht mehr wissen, denn das würde bedeuten, die Interessen aller in den Blick zu nehmen. Doch diese Aufgabe, die Interessen aller im Blick zu haben, ist die Aufgabe der Politik und der Verwaltung. Kurzum – es ist unsere ureigene Aufgabe.

Lassen Sie mich daher zunächst unseren Dank aussprechen für einen Haushalt, der diese Aufgabe angeht. Auch bei einem Schuldenstand von 108 Millionen Euro - ohne die Schulden der Eigenbetriebe - bleibt Schwäbisch Gmünd bei seinen Prinzipien, soziale Aufgaben anzugehen und dennoch einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen. Vor allem das Beharren auf die Erfüllung der großen Aufgaben im sozialen Bereich wie die Kinderbetreuung, die Bildung oder die Integration, ebenso wie die Unterstützung anderer Aufgaben für die Schwächeren in der Gesellschaft wie zum Beispiel der Obdachlosenarbeit oder der Sucht – dieses Beharren ist der Schlüssel zum Vertrauen in Politik. Ich bin froh, dass dieses Beharren auch im vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung 2016 zum Ausdruck kommt. Soziale Aufgaben zu erfüllen, für ein funktionierendes Gemeinwesen zu sorgen und

niemanden im Regen stehen zu lassen – das muss die Stadt leisten, das müssen wir leisten, um den Verlustängsten keinen Nährboden zu geben.

Mit Sorge betrachten wir allerdings, dass eine weitere Megaaufgabe unserer Stadt dabei offensichtlich aus den Augen verloren wird. Nachdem mit dem Stadttumbau nochmals eine Erhöhung der Schulden verbunden war, sind wir im Gemeinderat und ist die Verwaltung dem Schuldenabbau verpflichtet. Zunächst scheint es so, als ob die Stadt damit gut vorankommt. Für dieses Jahr ist eine Schuldentilgung in Höhe von über 4 Mio. Euro geplant, dazu kommt eine außerordentliche Tilgung von 1 Mio. Mittelfristig geplant ist ein Schuldenabbau von knapp 20 Millionen Euro bis zum Jahr 2019. Jetzt kommt aber der Haken: Gleichzeitig sollen die Rücklagen von knapp 37 Millionen auf ein Niveau von ca. 3 Millionen Euro rückgeführt werden. Das bedeutet, dass uns in wenigen Jahren der Spielraum ausgeht. So etwas entspricht nicht dem Prinzip eines nachhaltigen Haushalts. Im Gegenteil: Nicht nur der Schuldenabbau, nein auch der laufende Haushalt lebt von der Substanz!

Vielleicht müssen wir künftig und auch jetzt schon einfach auf ein paar Dinge verzichten. Nicht jede Rabatte muss mehrmals pro Jahr bepflanzt werden. Urban sind auch die Krokusse in der Grabenallée, die kein Gartenbauamt brauchen, um jedes Jahr zu blühen. Und ein Blumenbeet in Stars and Stripes, wie für das Leutze-Jahr vorgesehen, gefällt uns erst dann so richtig, wenn unsere Partnerstadt Bethlehem die Pflanzung und Bewässerung unterstützt, quasi als Auffrischung unserer Freundschaft.

Die T&M-Zuschüsse steigen weiter auf 1,3 Mio Euro. In welcher Höhe diese Investition auch wirklich eine Rendite für den Stadthaushalt bringen, kann derzeit wohl niemand seriös sagen. Andere Städte geben wesentlich weniger für ihr Stadtmarketing aus, Ulm zum Beispiel zusammen mit Neu-Ulm nur die Hälfte. Die Arbeit der T&M sollte daher auf ihre Effizienz hin untersucht werden.

Das sind aber alles Peanuts im Vergleich zur Höhe des tatsächlichen Defizits für einen nachhaltigen Haushalt. Daher verlangen wir von der Stadt die Überarbeitung des Haushalts mit dem Ziel, für 2016 und die kommenden Jahre einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Ausgeglichen auch unter Berücksichtigung der Verwendung der Rücklagen! So wie er im Entwurf vorliegt, tun wir uns schwer, heute schon Zustimmung zu signalisieren.

Herr Oberbürgermeister – Sie stehen mit Ihrem Engagement für ein lebenswertes Schwäbisch Gmünd. Das soll es für alle Bürgerinnen und Bürger bleiben. Ein lebenswertes Schwäbisch Gmünd stellen wir uns als eine Stadt vor, die sich von den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung leiten lässt. Auch wenn der Begriff schon abgedroschen klingt – Nachhaltigkeit ist zeitgemäß.

Die drei Bereiche der Nachhaltigkeit sind Ihnen aus den Agendaprozessen nach der Konferenz von Rio im Jahr 1992 bekannt: Es ist der Dreiklang aus Wirtschaft, Umwelt und Sozialer Entwicklung.

Schauen wir uns zunächst die Wirtschaft und ihre Nachhaltigkeit in Schwäbisch Gmünd an. Gerade in Zeiten der Blüte muss an den Vorrat gedacht werden, der angelegt wird. Herr Bantel, Sie haben uns dargelegt, dass die Gewerbesteuer nicht mehr die Einnahmequelle ist, auf die wir uns zuallererst verlassen dürfen. Trotzdem ist sie auch im Haushaltsjahr 2016 als größter Einnahmeposten geplant. Die Verlässlichkeit der Gewerbesteuer hängt nicht allein von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab, sie kann auch durch Unternehmensentscheidungen plötzlich wegbrechen. Daher hängt einiges vom Verhältnis zwischen den Unternehmen und der Stadt ab. Es gehört daher zur Verantwortung des Gemeinderats, auch schwere Entscheidungen zum Wohl des Gemeinwesens abzuwägen und zu treffen.

Wir haben gehört, dass durch den geplanten Umzug der Firma Gatter auf den Gügling das Gewerbegebiet dort an seine Grenzen stößt. Alternative Standorte für produzierendes Gewerbe hat

Gmünd in diesem Umfang nicht zu bieten. Ob der Umzug neue Arbeitsplätze bringt – ich weiß es nicht. Aber er bietet Entwicklungsmöglichkeiten am alten Standort und sichert die Beschäftigung in Schwäbisch Gmünd. Andere Arbeitgeber treffen ähnliche Entscheidungen und stellen die Standortfrage. Wir sollten dann auch eine Antwort haben. Sie haben eine Erweiterung des Gügling vorgeschlagen. Der Gügling ist ein Ausnahmestandort in Schwäbisch Gmünd. Nicht schön, aber nahezu perfekt erschlossen (Leider fehlt der Bahnanschluss). Einen weiteren Standort zu erschließen, der ähnliche Qualitäten bietet, halten wir für ausgeschlossen. Wir Grünen sind bereit eine Ausweitung an diesem Standort mitzugestalten. Dazu müssen aber auch die Rahmenbedingungen entsprechend sein. Wir erwarten klare Vorgaben was Ausgleichsmaßnahmen angeht, zum Beispiel generell begrünte Dächer oder dicht bepflanzte Übergänge zur offenen Landschaft. Intelligente Energielösungen sollten Teil der Vorgaben sein, ebenso wie die Anbindung an den ÖPNV, und vor allem: Die Berücksichtigung des Landschaftsbildes. Graue Kolosse vor dem Alpanorama schwächen den Standortfaktor Landschaft gewaltig. Und wir wollen doch auch, dass die Menschen, die dann auf dem Gügling arbeiten, auch hier wohnen und leben wollen.

Die landwirtschaftliche Fläche, die für eine Erweiterung in Anspruch genommen wird, ist für die Nahrungsmittelerzeugung dann aber unweigerlich verloren. Das muss im Hinterkopf bleiben, wenn es an die Ausweisung neuer Wohngebiete geht. Darauf werde ich später noch zurückkommen.

Standortfaktoren für die Wirtschaft, das sind aber nicht nur Gewerbeflächen und logistische Infrastruktur. Herr Dr. Ketteler von Bosch Automotive Steering hat in seinem Vortrag während der Klausurtagung plastisch geschildert, welche Standortfaktoren aus Sicht des größten Arbeitgebers in Gmünd noch eine Rolle spielen, um Arbeitskräfte zu gewinnen. Ein Beispiel: Nicht alle Fachkräfte, für die Bosch ein interessanter Arbeitgeber ist, wollen nach Gmünd ziehen. Sie bleiben nach einem Ingenieurstudium auch gerne in Stuttgart wohnen. Daher spielt die Anbindung an die Metropole Stuttgart eine große Rolle, nicht nur für die Pendler in den Neckarraum, sondern auch für diejenigen, die in Gmünd leider nur arbeiten wollen. Eine breite Straße haben wir ja schon. Die Breite des Schienenwegs lässt hinter Schorndorf aber stark nach, hinter Lorch (von Stuttgart aus gesehen) beginnt das VVS-Niemandsland. In Gmünd gibt es dann keinen Verbund der Verkehrsmittel mehr, der es mit einem VVS annähernd aufnehmen kann. Weder durchgehende Tickets, noch ein verlässlicher Busverkehrstakt.

Wir beantragen daher die Prüfung der Möglichkeiten und Chancen für einen Anschluss an den VVS-Verbund, für einen echten Taktverkehr im Stadtbusverkehr und für Verbundticketlösungen mit Schiene und Bus.

Taktverkehr und versetzte Abfahrtszeiten vom Busbahnhof unter Berücksichtigung der Ankunftszeiten der Züge entzerren Staus auf dem Bahnhofsboulevard, in der Ledergasse und der Kappelgasse, die durch gleichzeitig eintreffende Busse verursacht werden. Für Senioren, auswärtige Besucher und Menschen mit Behinderung sind Taktzeiten einfacher zu verstehen als komplizierte Busfahrpläne. So wird dies auch im Aktionsplan Inklusion gefordert.

Stärkung der Standortfaktoren heißt auch, die Menschen nach der Arbeit nicht zu vergessen. Wir vermissen in Schwäbisch Gmünd Angebote für die jungen und junggebliebenen berufstätigen Menschen. Besonders in den Wintermonaten fehlen „after work-Locations“. Warum nimmt die T&M nicht auch diese Zielgruppe stärker in den Blick? Das muss noch lange nicht viel kosten. Aber da werden Menschen angesprochen, die sich in Gmünd niederlassen könnten. Machen Sie sich dazu Gedanken und legen Sie dem Aufsichtsrat ein Konzept dazu vor. Wir können uns einige Dinge vorstellen, zum Beispiel Eventgastronomie mit Musik, eine bessere Bespielung der Plätze im Schattendasein, zum Beispiel Kornhausplatz, Münsterplatz und Johannisplatz.

An diesen Stellen gibt es auch noch einen Einzelhandel, der davon profitieren könnte. Gerade in den Bereichen, in denen die Gewerbemieten nicht auf dem Marktplatzniveau liegen, blühen die interessanten Geschäfte. Der HGV hat Recht, wenn er anmerkt, dass der Handel im 10-Punkte-Papier Urbanität und Heimat fehlt. Lassen Sie uns das korrigieren, vor allem lassen Sie uns dessen bewusst bleiben, dass nicht nur Handelsketten die Urbanität ausmachen.

Apropos Handel in der Innenstadt – da muss noch dringend etwas zu den fatalen Leerständen gesagt werden. Seit vielen Monaten hören wir von Gesprächen um eine Lösung für die WoHa-Gebäude. Die Verwaltung muss hier dringend vorankommen. Das Herz der Stadt leidet, und wenn es so weiter geht, dann werden wir noch von den WoHa-Ruinen reden müssen. Aber auch die Rudolph-Brache am Marktplatz schreit nach einer Belebung. Verstärken Sie die Bemühungen und wo möglich den Druck auf die Besitzer, damit die Investitionen in die Altstadt nicht von Immobilienspekulanten entwertet werden.

Lassen Sie mich zum zweiten Aspekt der Nachhaltigkeit für Gmünd kommen, der Umwelt.

Wie schon beim Gügling beleuchtet, spielen Landschaft und Umwelt für ein lebenswertes Schwäbisch Gmünd eine unersetzliche Rolle. Auch sie sind Standortfaktoren. Was wir hier zerstören, können wir nicht einfach wieder herstellen. Es muss gut durchdacht werden, welche Eingriffe in Natur und Landschaft zu rechtfertigen sind, und welche nicht. Vor diesem Hintergrund möchte ich auf ein Missverständnis eingehen, das seit einiger Zeit im Raum steht.

Ja, der Gemeinderat hat mit unseren Stimmen für die Ziele des Prozesses Gmünd 2020 gestimmt. Dazu zählt auch die Gewinnung neuer Einwohner. Neue Einwohner zu gewinnen heißt aber nicht unbedingt, nun massiv in den Außenbereich zu gehen. Sie wissen was kommt: Innen- vor Außenentwicklung. Dazu haben wir in der Vergangenheit immer wieder Argumente und Anträge vorgebracht. Wir begrüßen daher auch die Innenentwicklung mit der Schaffung neuer Wohnungen z.B. im Deyhle- und Heyd-Areal sowie die Unterstützung neuer Wohnformen wie etwa Baugruppenhäuser.

Vor allem die von EUROPAN 13 genährte Vision auf dem Hardt sollte Schule machen. Im Rahmen der langfristigen Weiterentwicklung werden neben der Entwicklung der alten Kasernenflächen auch intelligente Lösungen für eine Nachverdichtung vorgeschlagen. Wir schlagen vor und beantragen, nach dem Vorbild der Hardtvision auch andere Stadtteile und Teilorte konsequent nach ihren Nachverdichtungspotenzialen zu untersuchen.

Natürlich sind nicht nur verdichtete Wohnformen notwendig, sondern auch Bauflächen für Ein- und Mehrfamilienhäuser mit eigenen Gärten. Da sehen wir aber bei einigen Planungen und Konzeptionen echte Schwierigkeiten. Bereits angesprochen habe ich die Erweiterung auf dem Gügling, bei der wertvolle landwirtschaftliche Flächen verloren gehen werden. Da wäre es für die Landwirtschaft in Bettringen geradezu eine Provokation, auch noch auf die Ebenen Äcker zuzugreifen, die – wie der Name sagt – für eine landwirtschaftliche Bewirtschaftung hervorragend geeignet sind.

Vorsicht und Rücksicht also auch auf die Bauern bei der Ausweisung von Baugebieten! Landwirtschaftlich nicht so interessant, dafür aber von ganz anderer Brisanz ist das geplante Baugebiet an der Vogelhofstraße. Hier sollen beste Aussichten als Bauplätze privatisiert werden. Aber was wird dafür in Kauf genommen? Die Verkehrserschließung ist doch jetzt schon problematisch. Durch die Bebauung werden die Konflikte noch viel größer. Entstehen soll ein Baugebiet von Premiumqualität. Kaufen und Bauen können da nur sehr wohlhabende Menschen. Jetzt denke ich natürlich an die Einkommensteuerzuweisung und freue mich für unseren Haushalt. Herr Bantel erläuterte ja, dass die Zuweisung vom Einkommen abhängig ist. Diese Zuweisung hat aber einen Deckel, und der liegt bei einem Jahreseinkommen von 35.000 bzw. 70.000 Euro. Danach

gibt es keine Steigerung mehr. Die Sehr-Gut-Verdiener bringen hier also keinen Vorteil. Warum also für diese Gruppe extra Baugebiete erschließen? Für den Einkommensteueranteil der Stadt sind Baugebiete wie Wetzgau-West auf den Quadratmeter Bauland heruntergerechnet wahrscheinlich wertvoller. Wir beantragen daher, von den weiteren Planungen für das Baugebiet in der Vogelhofstraße abzusehen.

Kommen wir zu den Qualitäten der Baugebiete der Zukunft. In Baugebieten gelten Bebauungspläne, die unter anderem den Naturschutzausgleich festlegen. Als wichtigste Maßnahme gilt die Vermeidung von Eingriffen. Jedes erhaltene Biotop spart Geld und Aufwand für den Ausgleich oder die Wiederherstellung. Wenn schon eingegriffen werden muss, dann folgt daraus eine Ausgleichspflicht. In unseren Baugebieten spielt das Pflanzgebot eine wichtige Rolle. Wir hatten in der Vergangenheit bereits thematisiert, dass über die Einhaltung dieser Pflanzgebote kaum gewacht wird. Die Durchsetzung kostet einen hohen Verwaltungsaufwand. Ich bin mir nicht sicher, ob die Stadt diesen Weg überhaupt je beschritten hat. Aber ohne die Pflanzgebote wäre der Bebauungsplan gar nicht genehmigt worden, denn der gesetzlich notwendige Ausgleich wäre nicht erbracht worden. Unter der mangelnden Durchsetzung der Bauvorschriften leidet vor allem die Natur. Wir schlagen daher einen anderen Weg vor, einen Weg, der Anreize bietet.

Lassen Sie uns zu den Baulandpreisen einen Aufschlag von 5 Euro pro Quadratmeter für den Ausgleich erheben. Damit richten wir ein echtes Ökogeldkonto ein. Das Geld wird für eine Rückerstattung verwendet, und zwar an die Käufer, nachdem die Hausgärten angelegt wurden. Die Rückerstattung bemisst sich am ökologischen Wert, den man einfach nach einem Ökopunkteschema ermitteln kann. Weiterhin schlagen wir einen Preis für den oder die Hausgärten mit dem höchsten Ökopunktwert vor, den wir gerne in Zusammenarbeit mit unserem Klimaschutzmanager und dem Liegenschaftsamt konkretisieren wollen.

Wir begrüßen die Initiative der Stadt, leerstehende Wohnungen wieder dem Markt zugänglich zu machen, zum Beispiel Wohnungen für Flüchtlinge. Da steckt einiges an Potenzial. Daher fordern wir die Verwaltung auf, einen detaillierten Wohnungs – Leerstandsbericht der Kernstadt zu erstellen. Wie viele Wohnungen stehen leer, wie ist deren Zustand? Was sind Vermietungs- oder Verkaufshindernisse. Darauf aufbauend soll die Stadtverwaltung ein Förderprogramm entwickeln mit Maßnahmen, die den Wohnungsleerstand deutlich reduzieren und Wohnen in der Innenstadt wieder attraktiver machen. Wir stellen uns z.B. Hilfen für ältere Hausbesitzer vor, für die eine Vermietung zu beschwerlich oder zu angstbesetzt ist.

Beim Sanieren und Bauen kann Schwäbisch Gmünd in Sachen Umwelt und Energie durchaus noch einen draufsetzen. Wir schlagen vor, das auslaufende Fassadenprogramm umzuwandeln in ein Programm zum Erhalt historischer Bauelemente an Fassaden bei energetischen Sanierungen (bei Einhaltung von KfW-Standards).

Die Förderung für Passiv-Einfamilienhäuser soll reduziert werden auf 2.000 Euro, zugunsten einer Förderung von 1.000 Euro pro Wohnung in Passiv- oder KfW40-Mehrfamilienhäusern sowie einer Förderung von energetisch sanierten Ein- und Mehrfamilienhäusern im KfW-55-Standard.

Wir regen an, die Idee von Dr. Acocella weiterzudenken, nämlich unattraktive Einkaufs-Randgebiete der Innenstadt in attraktive Wohngebiete umzubauen. Das Wohnumfeld kann etwa in der hinteren Schmiedgasse durch Entwidmung von Straßenraum zu Hausgärten deutlich verbessert werden. Oder lassen Sie uns die Bereiche in der Kapuzinergasse und rund ums alte Gasthaus Kreuz attraktiver gestalten! Wir bitten die Verwaltung um einen Terminvorschlag, um die Gestaltungsideen zusammen mit dem Stadtplanungsamt aufzugreifen und ein Konzept vorzubereiten. In diesen Prozess sollten alle Interessierten und Aktiven eingebunden werden, zum Beispiel der Arbeitskreis Alt-Gmünd. Begleitet werden soll der Prozess durch einen Altstadtrundgang und einen Bericht der Stadtbildarchitektin

Frau Böhringer und Frau Pauser von der Stabsstelle Stadtbild. In diesem Zusammenhang sollte auch das Thema Beleuchtung zur Sprache kommen. Denn in den Altstadtgassen, zum Beispiel in der Rinderbacher Gasse, lässt diese häufig zu wünschen übrig. Lassen Sie uns diese Maßnahme zur Stärkung des Sicherheitsgefühls ebenfalls angehen.

Vom Stadtbild geht es direkt zu einem anderen Missstand in der Innenstadt, der Parksituation. Das Phänomen kennen wir alle: Hunderte Autos fahren pro Tag durch die Innenstadt, um einen Parkplatz zu finden. Die Chancen darauf liegen an manchen Tagen in der Nähe eines Lottogewinns. Trotzdem versuchen es viel zu viele, und stellen ihr Auto „nur für fünf Minuten“ auf irgendeine freie Fläche. Damit zerstören sie die durch den Stadtumbau gewonnene Aufenthaltsqualität systematisch. Sie hinterlassen ein mieses Stadtbild, verstellen die Fuß- und Radwege, Menschen mit Behinderungen können oft kaum ausweichen, die Abgase wabern in Kinderwagen, usw. Beispielsweise in der Kornhausstraße parken die Autos links und rechts ohne Rücksicht auf die Gehwegbenutzer. Vor der Stromtanksäule am Rathaus stehen alle möglichen Autos und blockieren den Zugang für die Stromer. Die immer wieder beteuerten Kontrollen bringen keine spürbare Abhilfe.

Lassen Sie uns daher zweierlei tun: Einerseits noch viel konsequenter und dauerhaft das Falschparken ahnden – das muss spürbar wehtun - und andererseits ein einfaches Parkraumkonzept auf Grundlage des Vorschlags des Arbeitskreises Mobilität und Verkehr entwickeln.

Zum emissionsfreien Verkehr müssen noch ein paar Worte gesagt werden. Gmünds Kernstadt ist Umweltzone, wahrscheinlich sehr erfolgreich. Feinstaubwerte wurden schon sehr lange nicht mehr bekannt gegeben. Trotzdem werden noch viel zu viele Schadstoffe von Verbrennungsmotoren in die Innenstadt gepustet. Bereits im vergangenen Jahr haben wir darauf hingewiesen, dass der Radverkehr nicht allein durch Radwege ausgebaut wird, sondern vor allem auch durch mehr Sicherheit im Radverkehr. Radfahrerinnen und Radfahrer wollen keine Angst vor knapp vorbeistreifenden Autos und Bussen haben, sie wollen eine klare Kennzeichnung haben, damit sie und andere Verkehrsteilnehmer die Situation schnell und eindeutig einschätzen können.

Dasselbe gilt auch für Fußgängerinnen und Fußgänger. Angstzonen für Fußgänger gibt es Gmünd durchaus, z.B. an den Überwegen von Unterer Zeiselbergstraße in Richtung Kornhausstraße. Hier ist spürbar: Kraftfahrzeuge haben konsequent Vorrang. Kinderwagen, Rollatoren und Rollstühle haben in den Wartebereichen kaum oder keinen Platz. Bei allen Eingriffen in das Straßen- und Wegenetz muss daher der Fuß- und Radverkehr konsequenter mitgedacht und dargestellt werden.

Unter tatkräftiger auch finanzieller Unterstützung der grün-roten Landesregierung wurden in Gmünd Radwege angelegt, ausgeschildert, verbessert. Jedoch hapert's noch gewaltig bei der Erleichterung des Radfahrens im Alltag: an roten Ampeln etwa muss der Radfahrer immer noch zwischen wartenden Pkw eingepfercht in Abgasfahnen ausharren, sein Recht aus der StVO rechts vorzufahren und sich vorne an der Ampel aufzustellen kann er fast nirgends in Gmünd ohne Hindernisse wahrnehmen. Gerade mal einen Radschutzstreifen hat Gmünd auf unser grünes Betreiben hin in den letzten Jahren in der Uferstraße ausgeführt, seither ist nichts mehr geschehen. Und das ist beim größten Verkehrsumbau in Gmünd in den letzten Jahren gewiss eine absolut bescheidene Leistung.

Wir fordern bis spätestens zur Sommerpause die Vorlage eines Zeitplans, wie wann und wo weitere Schutzstreifen vor Ampeln ausgeführt werden.

Im Bereich Elektromobilität ist Gmünd auf einem sehr guten Weg! Ein herzlicher Dank geht an die Gmünder Stadtwerke, die zusammen mit Göppingen das Projekt EMIS "Elektromobilität im Stauferland" erfolgreich durchgeführt haben. Daraus resultiert nun eine ausgezeichnete Ladeinfrastruktur mit 14 Ladestationen im Stadtgebiet! Dem Auto der Zukunft wird somit in Gmünd der Weg bereitet, was neben dem wichtigen Beitrag zum Klimaschutz auch einen positiven Effekt auf

den modernen Tourismus haben wird. Und es geht weiter voran, z.B. mit der Pedelec-Station auf dem Hardt im Rahmen des geförderten Mobilitätskonzepts. Hier sollte die Stadt die eingeführten Angebote für Studierende im Bereich Mobilität ausbauen und ein attraktives Angebot für das Pedelec-Sharing aufnehmen.

Wir beantragen außerdem einen Plan für die Umstellung der Stadtbusflotte auf E-Antrieb nach dem Vorbild der Stadt Esslingen. Diese ging vor kurzem mit 4 Elektro-Hybrid-Gelenkbussen an den Start. Die anfallenden Mehrkosten konnten durch 2 verschiedene Förderprogramme des Landes aufgefangen werden. Diese Busse sind nicht nur ein wertvoller Beitrag zur Reinhaltung der Luft in der Stadt, sondern sie sind auch insofern nachhaltig, als sie eine fast doppelt so lange "Laufzeit" haben wie herkömmliche Busse. Wir bitten deshalb ernsthaft zu prüfen, ob dies nicht auch für Schwäbisch Gmünd machbar wäre. Wir können uns vorstellen, dies auch zur Bedingung für künftige Ausschreibungen der Konzession des Stadtbusverkehrs zu machen.

Im vergangenen Jahr hat sich in Schwäbisch Gmünd Teilorten einiges in Sachen Geschwindigkeitsbeschränkung getan. In Wetzgau gilt neuerdings Tempo 30 im ganzen Dorf und die Rückmeldungen sind positiv. Degenfeld hat einen Geschwindigkeitsmix, der aus unserer Sicht eher schwierig für die Verkehrsteilnehmer ist. Besser wäre eine durchgängige reduzierte Geschwindigkeit, die sich am schwächsten Abschnitt orientiert. Bettringen hat eine kleine 30-er-Zone. Was wir vermissen, ist die einheitliche Konzeption. Die halten wir aber für notwendig. Wir vermissen auch noch die Ergebnisse der Sonderverkehrsschau auf der Oberbettringer Straße, die für die von uns im vergangenen Jahr geforderte Geschwindigkeitsbeschränkung auf 40 km/h Aufschluss geben sollte. Daher beantragen wir eine Gesamtdarstellung und Harmonisierung der aus unserer Sicht sinnvollen Geschwindigkeitsbeschränkung in sensiblen Bereichen der Durchgangsstraßen.

Das Thema meiner Haushaltsrede ist die Nachhaltigkeit. Bislang fehlt noch ein ganz entscheidender Aspekt dazu, nämlich der Aspekt des sozialen Miteinanders.

Ich schlage hier einen Bogen zum Anfang meiner Rede, zur Angst vor Fremden und vor den massiven Veränderungen. Hinter der Angst stecken auch viele Verlustängste, die Angst zu Verlierern der Entwicklung zu gehören. Wie sehr wünschen wir uns dagegen eine offene Stadtgesellschaft, die Neubürger aus allen Ländern gerne begrüßt und deren Zuzug erleichtern will.

Eine Schlüsselrolle kommt daher der aktiven Sozialpolitik zu. Hier sind sehr viele Rahmenbedingungen bereits durch gesetzlichen Auftrag gesetzt. Aber eine Kommune kann auch viel gestalten. Und das tut Gmünd mit seiner Verwaltung von der Basis bis an die Spitze. Es wurden schon einige Gmünder Wege gefunden und befestigt. Diese Gmünder Wege sind oft Vorreiter und Vorbild. Dafür möchte ich an dieser Stelle meine Anerkennung und meinen Dank aussprechen. Sie, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ämtern tragen – neben dem ehrenamtlichen Engagement im sozialen Bereich – sehr viel dazu bei, dass die Gesellschaft in Schwäbisch Gmünd nicht auseinander bricht. Dafür ist jeder Euro gerechtfertigt, der in die verschiedenen Aufgaben und Programme fließt.

Lassen Sie mich aber einige Punkte noch konkretisieren. Bildung ist ein wichtiger Aspekt. Bildung steht daher vor der Klammer. Die aktive Bildungspolitik macht sich zum Beispiel in den neuen Gemeinschaftsschulen bemerkbar, die ein Zukunftsmodell sind, auch wenn sie noch einer Weiterentwicklung und verstärkten Fortbildung der Lehrkräfte bedürfen. Aber auch die Realschulen hat Gmünd nicht vergessen. Als Schulstandort wird Gmünd durch die Schulentwicklung und die Sanierungsvorhaben weiter gestärkt. Nun gilt es darauf zu achten, dass die Balance zwischen den Schularten einerseits und zwischen einzelnen Schulen andererseits nicht kippt. Wenn sich städtische Gymnasien nach außen als Konkurrenten gerieren, dann werden sie gegenüber den anderen Angeboten ins Hintertreffen geraten. Da nützt es auch nichts, wenn die Schuld bei den Schulen in

privater Trägerschaft gesucht wird. Die Standorte sollten sich nicht gegenseitig schwächen, sondern ihre Angebote noch besser aufeinander abstimmen.

Eines der Gymnasien ist das frisch sanierte Scheffoldgymnasium. Leider wurde bei der Sanierung für Körperbehinderte kein Aufzug eingebaut. Wäre das auch passiert, wenn es den Aktionsplan Inklusion schon gegeben hätte? An diesen Aktionsplan, der im Januar der Verwaltung und dem Gemeinderat übergeben wurde, knüpfen sich viele Hoffnungen. Und das zu Recht, denn Schwäbisch Gmünd ist schon heute für viele Menschen mit Behinderungen der Ort, an dem sie leben, zur Schule gehen oder arbeiten. Wir fordern für die Umsetzung des Aktionsplans Inklusion dem vorgesehenen Inklusionsbeirat auch die angemessenen Kompetenzen zu geben.

Zur sozialen Stadt gehören für mich auch Möglichkeiten des Sports. Alljährlich erleben wir bei der Sportlerehrung welche Leistungen im Sport in Schwäbisch Gmünd möglich sind. Der Verdienst gebührt neben den Athletinnen und Athleten vor allem wieder dem Ehrenamt, den Trainern und Kampfrichtern, den Betreuerinnen und Betreuern und zu einem großen Teil den Eltern. Mit den Erfolgreichsten aus der Gmünder Sportszene schmücken sich auf dem Rathausbalkon OB, Sportbürgermeister und im Wahlkampf auch die Abgeordneten. Aber von nichts kommt nichts. Vielleicht erinnern Sie sich an die Ausführungen von Oberbürgermeister Ivo Gönner zur Sportförderung in Ulm. Er sagte, dass der Spitzensport keine städtische Aufgabe sei. Die Stadt Ulm habe aber sehr wohl für gute Rahmenbedingungen gesorgt. Auch in Schwäbisch Gmünd wird für Rahmenbedingungen gesorgt, zum Beispiel mit dem Zentrum für die Turner im Unipark. Aber was ist mit den Schwimmerinnen und Schwimmern, was ist mit der Leichtathletik, was mit dem Handball? Welche Rahmenbedingungen können wir schaffen, wo endet die Aufgabe der Stadt? Aus unserer Sicht endet die Verantwortung der Stadt, wo Einzel- und Spitzenleistungen im Vordergrund stehen. Aber wo der Breitensport im Vordergrund steht, da sollte die Stadt auch offen für die Vorschläge der Vereine sein.

Lasen Sie mich zwei Beispiele geben:

Zum ersten das Hallenbad: Wir bitten die Stadt, die weiteren Planungen für die Sanierung oder den Neubau des Hallenbads wieder eng mit dem Schwimmverein abzustimmen. Diese Beteiligung erschien uns in Zusammenhang mit der Beantragung des Bundeszuschusses zu kurz gekommen zu sein.

Weiterhin beantragen wir für die Sanierung der Großsporthalle in der Katharinenstraße die Entwicklung eines Sanierungskonzepts, das die Bedürfnisse der nutzenden Vereine ausreichend berücksichtigt. Dieses Konzept sollte dem Gemeinderat bis zum Herbst vorgelegt werden, damit die nächsten Sanierungsschritte für die Haushaltsplanungen der kommenden Jahre klar sind.

Beide Sportstätten liegen in der Innenstadt. Damit kommt auch zum Ausdruck: Zur Urbanität gehört auch die Zentralitätsfunktion der Stadt. Die Beispiele für die Zentralitätsfunktion der Innenstadt ließen sich beliebig fortführen. Davon profitieren die Ortsteile in großem Maß. Wir fordern daher, in den kommenden Jahren bei Investitionen den Zentralitätsaspekt wieder stärker zu berücksichtigen.

Um diese Forderung zu unterstreichen beantragen wir zum wiederholten Male die Einrichtung eines Innenstadtbeirats. Es geht uns nicht um noch ein Gremium, sondern darum, dass die Bürgerinnen und Bürger der Innenstadt schlicht die gleichen Möglichkeiten und Rechte bekommen, wie diejenigen der Teilorte.

Liebe Gemeinderätinnen, liebe Gemeinderäte. Wir haben einen Auftrag von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt bekommen, nämlich ihre Interessen zu vertreten. Ich glaube, dass dazu auch die Vorbildwirkung gehört. Ich glaube, dass wir mit den Herausforderungen der kommenden Monate in

Gmünd umgehen können. Ich glaube, dass die Verwaltung den drängenden Aufgaben gewachsen ist oder sich darauf einstellen kann. Wir alle sollten diese Gewissheit mit in die Stadt und die Teilorte tragen. Dann setzen Sie und ich den Hetzern und Demagogen etwas entgegen. Neben der beruflichen und ehrenamtlichen Tätigkeit, die die meisten von Ihnen und sehr, sehr viele Bürger dieser Stadt leisten, ist das derzeit unsere wichtigste Aufgabe: Gewissheit und Zuversicht gegen Verunsicherung und Angst setzen.

Vielen Dank!

Anträge der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zum Haushalt 2016

Antrag	Seite
1. Überarbeitung des Haushalts mit dem Ziel, für 2016 und die kommenden Jahre einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, auch unter Berücksichtigung der Rücklagen	2
2. Wir beantragen die Prüfung der Möglichkeiten und Chancen für einen Anschluss an den VVS-Verbund, für einen echten Taktverkehr im Stadtbusverkehr und für Verbundticketlösungen mit Schiene und Bus.	3
3. Die T&M- GmbH legt dem Aufsichtsrat ein Konzept vor, um die Stadt Schwäbisch Gmünd attraktiver für junge und jung gebliebene Erwachsene zu machen.	3
4. Wir beantragen, nach dem Vorbild der Hardtvision auch andere Stadtteile und Teilorte konsequent nach ihren Nachverdichtungspotenzialen zu untersuchen und dem Gemeinderat das Ergebnis vorzulegen.	4
5. Wir beantragen , von den weiteren Planungen für ein Baugebiet an der Vogelhofstraße abzusehen.	5
6. Aufschlag auf die Baulandpreise von 5 Euro pro Quadratmeter für den Naturschutzausgleich. Einrichtung eines Ökogeldkontos mit zweckgebundenen Mitteln für eine Rückerstattung an Grundstückskäufer, die mindestens die Pflanzgebote und Ausgleichsmaßnahmen einhalten. Die Rückerstattung bemisst sich am ökologischen Wert nach einem Ökopunkteschema.	5
7. Wir schlagen wir einen Preis für den oder die Hausgärten mit dem höchsten Ökopunktwert vor, den wir gerne in Zusammenarbeit mit unserem Klimaschutzmanager und dem Liegenschaftsamt konkretisieren wollen.	5
8. Wir fordern die Verwaltung auf, einen detaillierten Wohnungs – Leerstandsbericht der Kernstadt zu erstellen. (Wie viele Wohnungen stehen leer, wie ist deren Zustand? Was sind Vermietungs- oder Verkaufshindernisse?)	5
9. Entwicklung eines Förderprogramms mit Maßnahmen, die den Wohnungsleerstand deutlich reduzieren und Wohnen in der Innenstadt wieder attraktiver machen.	5
10. Wir schlagen vor, das auslaufende Fassadenprogramm umzuwandeln in ein Programm zum Erhalt historischer Bauelemente an Fassaden bei energetischen Sanierungen (bei Einhaltung von KfW-Standards).	5
11. Die Förderung für Passiv-Einfamilienhäuser soll reduziert werden auf 2.000 Euro, zugunsten einer Förderung von 1.000 Euro pro Wohnung in Passiv- oder KfW40-Mehrfamilienhäusern sowie einer Förderung von energetisch sanierten Ein- und Mehrfamilienhäusern im KfW-55-Haus-Standard.	5
12. Terminvorschlag für die Aufarbeitung von neuen Gestaltungsideen für das Innenstadtbild zusammen mit dem Stadtplanungsamt und Vorbereitung eines Konzepts. In diesen Prozess sollten alle Interessierten und Aktiven eingebunden werden, zum Beispiel der Arbeitskreis Alt-Gmünd. Begleitet werden soll der Prozess durch einen Bericht der Stadtbildarchitektin Böhringer und Frau Pauser von der Stabsstelle Stadtbild.	5
14. Konsequente und dauerhaftes Ahndung des Falschparkens in der City und Einführung ein einfachen Parkraumkonzepts auf Grundlage des Vorschlags des Arbeitskreises Mobilität und Verkehr.	6
15. Bei allen Eingriffen in das Straßen- und Wegenetz muss der Fuß- und Radverkehr konsequenter mitgedacht werden.	6
16. Wir fordern bis spätestens zur Sommerpause die Vorlage eines Zeitplans, wie wann und wo	6

weitere Schutzstreifen für Radfahrerinnen und Radfahrer vor Ampeln ausgeführt werden.

17. Wir beantragen einen Plan für die Umstellung der Stadtbusflotte auf E-Antrieb. 7
18. Gesamtdarstellung und Harmonisierung der aus unserer Sicht sinnvollen Geschwindigkeitsbeschränkung in sensiblen Bereichen der Durchgangsstraßen. 7
19. Entwicklung eines Konzepts die Sanierung der Großsporthalle in der Katharinenstraße, das die Bedürfnisse der nutzenden Vereine ausreichend berücksichtigt. Dieses Konzept sollte dem Gemeinderat bis zum Herbst vorgelegt werden, damit die nächsten Sanierungsschritte für die Haushaltsplanungen der kommenden Jahre klar sind. 8
20. Einrichtung eines Innenstadtbeirats. 8